

Jahreswirtschaftsbericht 2014

Optimistischer Ausblick

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche ihren Jahreswirtschaftsbericht für das laufende Jahr vorgestellt.



Foto: picture alliance / chromorange

„Wir setzen auf eine Politik der Stabilität, des Vertrauens und der Solidität“

Unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt“ hat die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht 2014 im Kabinett beschlossen, der Bundestag hat den Bericht debattiert. Der Bericht orientiert sich konsequent am Koalitionsvertrag und ist somit Ausdruck zuverlässiger Zusammenarbeit.

Insgesamt schätzt die Bundesregierung die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands optimistischer ein als bisher. Sie

hebt ihre Wachstumsprognose für 2014 leicht an. Im Vergleich zu 2013 liegt das prognostizierte Plus bei 1,75 Prozent. Für die Binnennachfrage wird ein Wachstum von 2,1 Prozent veranschlagt und die Exporte könnten sogar um mehr als vier Prozent steigen. Das sind gute Nachrichten – für Deutschland und auch für Bayern.

Darüber hinaus wird ein neuer Beschäftigungsrekord erwartet – der könnte 2014 bei rund 42,1

Millionen Erwerbstätigen liegen. Das ist ein Plus von 240.000.

Allerdings sind eine positive Wirtschaftsentwicklung und die hohe Beschäftigung keine Selbstläufer. Sie sind das Ergebnis einer guten und konsequenten Wachstumspolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bei neuen Gesetzesvorhaben beispielsweise im Bereich Arbeitsmarkt muss

deshalb sorgfältig darauf geachtet werden, dass die positive Entwicklung nicht gefährdet wird.

„Die deutsche Wirtschaft bleibt auch 2014 die Lokomotive für Wachstum und Beschäftigung in Europa“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Karl Holmeier. „Es kommt jetzt darauf an, dass wir mit unserer Wirtschaftspolitik die richtigen Weichen stellen, um unsere Wirtschaft auf der Erfolgspur zu halten. Im Gegensatz zur Opposition setzen wir auf eine Politik der Stabilität, des Vertrauens und der Solidität.“

**Wachstum ist
Ergebnis einer
guten Politik**



Liebe Leserinnen und Leser!

In diesen Tagen ändern wir das Abgeordnetenrecht und das steht zu Recht im besonderen Fokus der Öffentlichkeit. Es geht im Wesentlichen um drei Bereiche: Die Diäten, die Altersversorgung und den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung.

Grundlage für die Änderungen bei Diäten und Altersversorgung sind die Vorschläge einer unabhängigen Kommission. Sie hatte empfohlen, die Diäten an der Besoldung von Bundesrichtern zu orientieren. Das überzeugt, denn sie sind wie Abgeordnete unabhängig von Weisungen und ebenfalls auf Bundesebene tätig. Deshalb sah dies das geltende Recht auch bereits seit 1995 vor. Die Diäten liegen allerdings deutlich unter den Bezügen der Richter, auch wegen sechs Nullrunden in den vergangenen zehn Jahren. In zwei Schritten soll bis 2015 jetzt das Richterniveau erreicht werden. Danach werden die Diäten jedes Jahr so angepasst, wie sich das Lohnniveau der abhängig Beschäftigten in Deutschland entwickelt. Das ist fair.

Die Altersvorsorge für Abgeordnete werden wir ebenfalls ändern. Künftig wird es noch höchstens 65 Prozent statt bislang 67,5 Prozent der Diäten als Altersversorgung geben, wobei man für den Höchstsatz 26 Jahre Bundestagsabgeordneter gewesen sein muss. Wer die Altersversorgung vor dem gesetzlichen Rentenalter in Anspruch nehmen will, kann dies nur noch mit den üblichen Abschlägen und frühestens ab 63.

Wir wollen auch die Straftat der Abgeordnetenbestechung neu regeln. Bislang ist der Stimmenkauf und –verkauf strafbar. Künftig soll zudem gelten: Wer als Abgeordneter einen ungerechtfertigten Vorteil für sich oder Dritte fordert und im Gegenzug sein Mandat für Handlungen im Auftrag oder auf Weisung missbraucht, dem drohen bis zu fünf Jahre Haft oder Geldstrafe.

Florian Oßner MdB

Debatte um gentechnisch veränderten Mais

Kein Genmais auf unseren Feldern

Nachdem es im EU-Ministerrat weder eine qualifizierte Mehrheit gegen noch für die Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 gegeben hat, wird die EU-Kommission den Anbau der Maislinie in Europa voraussichtlich zulassen. „Wir wollen keine Gentechnik auf unseren Feldern“, so Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt.

„Wir werden dafür sorgen, dass Bayern weiterhin gentechnikfrei bleibt, auch wenn der Anbau des gentechnisch veränderten Mais 1507 künftig in Europa grundsätzlich erlaubt sein sollte“, so Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt. Jedes Land solle eigenständig entscheiden können, ob es den Anbau zulässt oder nicht. Deshalb arbeite man an einer Öffnungsklausel. Ein Vorschlag der EU-Kommission für eine entsprechende Klausel liegt bereits vor. Eine solche Regelung würde den unterschiedlichen Positionen am besten gerecht.

Allerdings bestehe kein Grund zu Alarmismus, so Gerda Hasselfeldt. Wer jetzt die Menschen verunsichert und so tut, als würde in Deutschland



Foto: picture alliance/chromoange

Die CSU-Landesgruppe ist gegen den Anbau von gentechnisch verändertem Mais.

künftig nur noch Genmais angebaut, zeigt große Ahnungslosigkeit und sollte sich dringend sachkundig machen. Die besten Ergebnisse erreicht man nicht durch lautes Getöse, sondern auf Grundlage einer realistischen Lagebewertung: Wir können die grundsätzliche Zulassung der Mais-

linie 1507 in Europa nicht verhindern. Dafür gibt es auf europäischer Ebene keine Mehrheit – ganz gleich, wie Deutschland sich positioniert. Statt jetzt durch Lamentieren Zeit zu verlieren, sollten wir unsere Kräfte darauf konzentrieren, zügig eine Ausstiegsklausel zu erreichen.“

Diese Woche

Jahreswirtschaftsbericht 2014	
Optimistischer Ausblick	1
Debatte um gentechnisch veränderten Mais	
Kein Genmais auf unseren Feldern 2	
Bundestags-ABC	
Was sind eigentlich ... Diäten?	2
Ausbau der Stromnetze	
Mit Sensibilität und Augenmaß	3
Rezeptpflicht beibehalten	
„Pille danach“ nur auf Rezept	3
Münchner Sicherheitskonferenz	
Offener Austausch mit Rumänien	3
Minderheiten im Bundestag	
Opposition erhält mehr Rechte	4
Den digitalen Wandel gestalten	
Neuer Ausschuss Digitale Agenda	4
ISAF-Mandat endet 2014	
Abzug aus Afghanistan noch 2014	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Pleyer Landshut

Verantwortliche Redakteurin: Christina Harbusch
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212

Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de

internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was sind eigentlich ... Diäten?

Hätten Sie es gewusst? Wir bringen Licht in das Dunkel aus Polit-Phrasen, Verwaltungs-Deutsch und Abkürzungen. In der vergangenen Woche stand auf der Tagesordnung des Plenums die „1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“. Dahinter verbirgt sich unter anderem eine Diätenerhöhung.

Bei Diäten denkt man vielleicht an die bevorstehende Fastenzeit – doch damit haben die Diäten der Bundestagsabgeordneten nichts zu tun. Die Abgeordnetendiäten, deren Name dem Lateinischen „dies“ für Tag und dem französischen Wort „diète“ für tagende Versammlung entspringt und ursprünglich einen „Tagessatz“ meinte, sind das Einkommen der Abgeordneten. Es sichert dessen Unabhängigkeit.



Foto: Deutscher Bundestag/Marc-Steffen Unger

messene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung“. Die genaue Höhe der Diäten ist in §11 des Abgeordnetengesetzes geregelt und beträgt derzeit 8252 Euro.

Mit zwei Erhöhungsschritten erreichen nun die Diäten zum 1.1.2015 die gesetzliche Zielgröße der Richterbesoldung (9.082 Euro).

Künftig entwickeln sich die Diäten so, wie der Durchschnitt aller Löhne in Deutschland – nicht besser, aber auch nicht schlechter. Damit ist ein guter Maßstab gefunden.

Das Grundgesetz nennt in Artikel 48 Absatz 3 einen „Anspruch auf ange-

Ausbau der Stromnetze

Mit Sensibilität und Augenmaß

Gerda Hasselfeldt: „Wir verlangen den Menschen mit der Energiewende einiges ab, deshalb brauchen wir auch die Akzeptanz bei den Bürgern“. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende bezieht Stellung in der Debatte um die Planung der Gleichstrom-Hochspannungstrassen.

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende hat sich zur Diskussion über die Planung der Gleichstrom-Hochspannungstrassen und der Ausgestaltung des künftigen Energienetzes in Deutschland geäußert. Dabei hat Gerda Hasselfeldt die Notwendigkeit unterstrichen, diese Planungen konstruktiv-kritisch zu begleiten und die Bürger eng einzubinden:

„Es ist immer sinnvoll, sich im Vorfeld von Großprojekten um eine möglichst breite Einbindung aller Beteiligten zu kümmern und auch die Notwendigkeit von Projekten immer wieder kritisch zu betrachten. Wir verlangen den Menschen mit der Energiewende einiges ab, deshalb brauchen wir auch die Akzeptanz bei den Bürgern. Wir sollten die Energiewende ge-

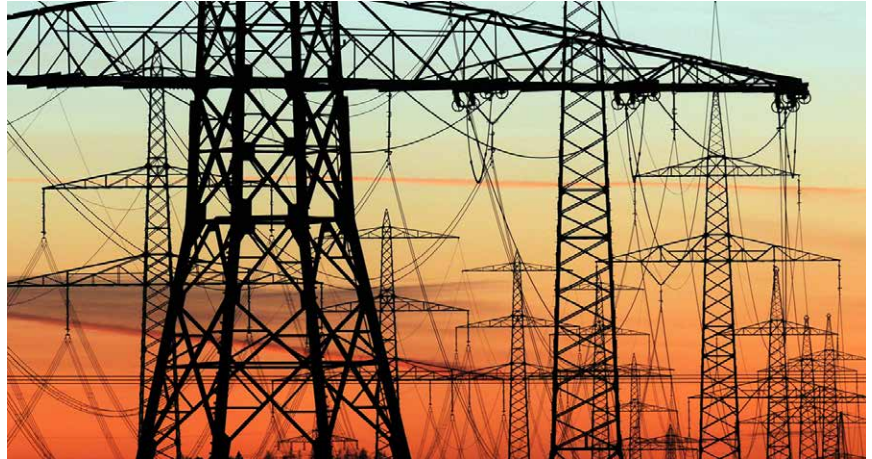


Foto: picture alliance / dpa

Dieser Anblick löst Kontroversen aus: Strommasten im Abendlicht

meinsam mit den Menschen gestalten und nicht über sie hinweg, nur um damit ein paar Monate schneller zu sein.“

Rezeptpflicht beibehalten



Foto: picture alliance/Sigrid Gombert

„Pille danach“ nur auf Rezept

Frauen, die befürchten, nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr ungewollt schwanger geworden zu sein, brauchen eine kompetente Beratung. In einem vertraulichen Arztgespräch kann die für den Einzelfall beste Lösung gefunden werden. In dem Beratungsgespräch kann beispielsweise geklärt werden, ob ein Notfallkontrazeptivum überhaupt genommen werden muss, welches Präparat gegebenenfalls besser geeignet ist. Eine Rezeptfreiheit ohne ärztliche Beratung wäre kontraproduktiv und der Gesundheit von Frauen nicht dienlich.

Es ist wichtig und notwendig, dass wir an der Rezeptpflicht für Notfallkontrazeptiva festhalten, so die CSU-Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner bei ihrer Rede im Plenum. Die Rezeptpflicht für die sogenannte „Pille danach“ aufzuheben helfe betroffenen Frauen gerade nicht. Es gehe nicht darum, das Selbstbestimmungsrecht einzuschränken, sondern darum, die Gesundheit der betroffenen Frauen zu schützen und somit den besseren Weg zu wählen.

Münchner Sicherheitskonferenz



Foto: picture alliance/dpa

Offener Austausch mit Rumänien

Am Rande der Sicherheitskonferenz hat sich die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt zu einem Gespräch mit Rumäniens Staatspräsident Traian Basescu sowie dem rumänischen Botschafter in Deutschland, Lazar Comanescu, getroffen.

Mit Blick auf die Debatte um den Missbrauch der Regelungen zur EU-Freizügigkeit, nach der alle EU-Bürger in einem anderen EU-Land leben und arbeiten dürfen, unterstrich die Landesgruppenvorsitzende das hohe Gut dieses Rechts. Gerade weil es ein so hohes Gut sei, müssten die Freizügigkeitsregelungen vor Missbrauch geschützt werden. Zuletzt hatte auch EU-Kommissionspräsident Barroso vor dem Europäischen Parlament klargestellt, „wenn es einen Missbrauch der Freizügigkeit gibt, dann ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Mitgliedsstaaten, tätig zu werden.“ Der CSU-Landesgruppe gehe es genau darum, sie sei überzeugt, dass man der Freizügigkeit keinen Gefallen tue, wenn man vor Missbrauch die Augen verschließe.

Minderheiten im Bundestag



Foto: picture alliance/JOKER

Opposition erhält mehr Rechte

Die auf 20 Prozent der Sitze zusammengeschrumpfte Opposition im Bundestag soll mehr Rechte erhalten. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD einigten sich in dieser Woche auf eine Änderung der Geschäftsordnung. So soll die Opposition aus Grünen und Linken die Möglichkeit zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und zur Einberufung einer Bundestagsitzung erhalten. Schon zuvor hatte die Koalition der Opposition mehr Redezeit im Bundestag eingeräumt, als dieser nach ihrer Stärke eigentlich zustehen würde.

Um die fruchtlose Diskussion um eine angeblich rechtlose Opposition zu beenden, hat die Koalition einen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung und zur Erhöhung der Mittel für die Oppositionsfraktionen vorgelegt. Die Änderungen werden auf diese Wahlperiode beschränkt, denn vom Grundsatz her haben sich die bisherigen Regelungen in Sachen Minderheitenschutz bewährt.

Den digitalen Wandel gestalten



Foto: picture alliance/chromorange

Neuer Ausschuss Digitale Agenda

Erstmals in der Geschichte des Deutschen Bundestages wird es einen ständigen Ausschuss geben, der sich mit Fragen der Netzwelt beschäftigt. Der Ausschuss mit dem Namen „Digitale Agenda“ wurde am vergangenen Donnerstag eingesetzt.

Dem Ausschuss gehören 16 Mitglieder an, darunter sieben von CDU und CSU. Mit ihm wird eine parlamentarische Plattform geschaffen, auf der die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft in allen Bereichen nicht nur begleitet, sondern auch mitgestaltet werden kann. Ein anspruchsvolles Ziel, denn es soll der Koalitionsvertrag in puncto Digitalisierung umgesetzt werden. Für die CSU-Landesgruppe ist Hansjörg Durz Ordentliches Mitglied und Ulrich Lange sein Stellvertreter. Das Thema Digitalisierung bleibt mit dem zuständigen Minister Alexander Dobrindt ein Kernthema der CSU-Landesgruppe.

ISAF-Mandat endet 2014



Foto: picture alliance/dpa

Abzug aus Afghanistan noch 2014

Die Lage in Afghanistan hat sich seit Beginn des ISAF-Mandats im Jahr 2001 deutlich verbessert. Gleichzeitig sind noch immer Anstrengungen notwendig, um einen Rückfall des Landes in die Herrschaft der Taliban zu verhindern. Die afghanischen Sicherheitskräfte werden die Sicherheitsverantwortung aber wahrscheinlich schon Ende 2014, selbst übernehmen können. Der Bundestag hat daher beschlossen, die Beteiligung deutscher Kräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan bis zum voraussichtlichen Abschluss am 31.12.2014 zu erlauben. Die Personalobergrenze liegt dabei weiterhin bei 3.300 Soldaten, mit Zusatzausgaben von 579,3 Millionen Euro ist zu rechnen. Die Beteiligung der Bundeswehr trägt zur Sicherheit und Stabilität in Afghanistan bei und beweist die Zuverlässigkeit Deutschlands als NATO-Partner. Bereits im Laufe dieses Jahres werden wir mit dem Abzug unserer Soldaten und unseres Gerätes beginnen können.

+++ kurz notiert +++ kurz notiert +++

Wahlen und Benennungen

Der Bundestag wählt in dieser und in der kommenden Woche Mitglieder einer Reihe von Gremien. Für die CSU-Landesgruppe sind das u.a. folgende:

- ◆ Kuratorium der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“: Dr. Astrid Freudenstein
- ◆ Kuratorium der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“: Dr. Silke Launert
- ◆ Stiftungsrat der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“: Hartmut Koschyk
- ◆ Stiftungsrat der „Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum“: Hartmut Koschyk
- ◆ Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen: Dr. Georg Nüßlein
- ◆ Beirat zur Auswahl von Themen für die Sonderpostwertzeichen ohne Zuschlag beim Bundesministerium der Finanzen: Karl Holmeier
- ◆ Kuratorium der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“: Andrea Lindholz
- ◆ Außerordentliches Mitglied Goethe-Institut: Dr. Peter Gauweiler